

PRINZIPIELLE DEMOKRATIE

Daniel Jabłoński

WER KONTROLLIERT DIE KONTROLLIERENDEN?

demokracjapryncypialna.pl



Liebe Leserin, lieber Leser.

Politische Systeme erscheinen oft komplex und uninteressant, weshalb viele Menschen nur ein Grundverständnis von ihnen haben. In unseren Kulturkreisen besteht die Tendenz, diese Systeme zu vereinfachen, wobei Demokratie oft mit den Vereinigten Staaten und Diktatur mit Russland gleichgesetzt wird. Sowohl die USA als auch Russland haben jedoch demokratische Strukturen, wobei das russische Modell oft als unterentwickelt angesehen wird. In der Zwischenzeit ist die amerikanische Demokratie, vor allem durch die Darstellung in Hollywood, zum Synonym für Freiheit geworden.

Meiner Meinung nach sind die meisten bestehenden politischen Systeme so konzipiert, dass sie die Bürger/Gesellschaft/Individuen nur als bloße Ressourcen verwalten, anstatt ihren Willen bei der Schaffung von Gesetzen und der Führung des Staates zu berücksichtigen. Es gibt zahlreiche Arten von Demokratie auf der ganzen Welt, und an manchen Orten wird das Wort „Demokratie“ oft missbraucht. In diesen Staaten wird die Demokratie oft auf den Prozess der Wahl reduziert, bei dem den Bürgern von den Parteieliten ausgewählte Kandidaten zur Wahl gestellt werden. Dieses System, das ich als „Wahlparteifenudalismus“ bezeichne, ist nicht das, was ich als wahre Demokratie betrachte.

Die prinzipielle Demokratie führt innovative Lösungen und Mechanismen ein, die es den Bürgern ermöglichen, die Schaffung von Gesetzen sinnvoll zu beeinflussen. In diesem Modell werden die Politiker nicht nur zur Rechenschaft gezogen, sondern auch von den Bürgern, denen sie dienen, diszipliniert.

Dieses System bietet einen umfassenden und vernetzten Rahmen, für den man nicht mit jedem politischen Modell vertraut sein muss, um ihn zu verstehen. Es ist wichtig, von Anfang an festzuhalten, dass die hier vorgestellten Mechanismen miteinander verbunden und voneinander abhängig sind.

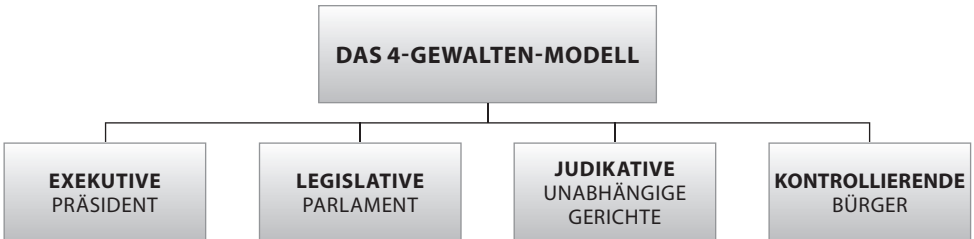
Dieses Projekt skizziert nicht nur die Mechanismen und Lösungen des Systems, sondern auch ihre logischen Regelungen im Rahmen der prinzipiellen Demokratie.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, dieses Projekt zu prüfen. Ich freue mich darauf, Ihre Gedanken zu hören.

**Herzliche Grüße,
Daniel Jabłoński**

DIE VIERGETEILTE GEWALTENTEILUNG

In der prinzipiellen Demokratie wird eine viergeteilte Gewaltenteilung angewandt, bei der die Bürger als Kontroll- und Aufsichtsinstanz zur Montesquieu'schen Dreigliederung hinzukommen.



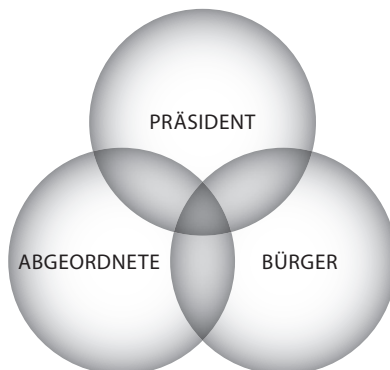
Mit Hilfe von virtuellen Unterschriften und digitalen Werkzeugen können die Bürger die vierte Säule der Macht bilden und aktiv Einfluss auf die Gestaltung der Gesetze nehmen, die sowohl auf staatlicher als auch auf regionaler Ebene erlassen werden. Die Bürger können auch Politiker während ihrer Amtszeit disziplinieren und im Extremfall sogar den Sejm auflösen und auf Wunsch der Bürger vorgezogene Neuwahlen herbeiführen.

AUFTEILUNG DES EINFLUSSES AUF DEN GESETZGEBUNGSPROZESS

Es sind die Parteivorsitzenden, die durch die Einführung der Grundsatzdemokratie am meisten verlieren, denn ein Abgeordneter, der in den Sejm gewählt wird, muss bei Abstimmungen im Parlament nicht mehr die Interessen seiner Partei im Auge haben. Infolgedessen werden die Parteien aufhören zu existieren, und die Abgeordneten werden ihre Arbeitsweise grundlegend ändern, da sie nicht mehr dem Parteivorsitzenden dienen, sondern für die Wähler des Wahlkreises, in dem sie gewählt wurden, arbeiten werden. Es gibt keine Trennung zwischen der Gruppe, die an der Macht ist und der Opposition, so dass alle Abgeordneten gleichermaßen für die Bürger arbeiten.

Sowohl auf parlamentarischer als auch auf regionaler Ebene werden die Abgeordneten mit ideologischen oder zielgerichteten Bürgervereinigungen zusammenarbeiten, um effizienter zum Wohle des Staates und der Bürger zu arbeiten.

Der Einfluss auf die Form des zu erarbeitenden Gesetzes sowie die Verteilung der Entscheidungsgewalt bei der Verabschiedung oder Ablehnung eines Gesetzentwurfs wird von dem Präsident, den Abgeordneten und den Bürgern mitbestimmt.



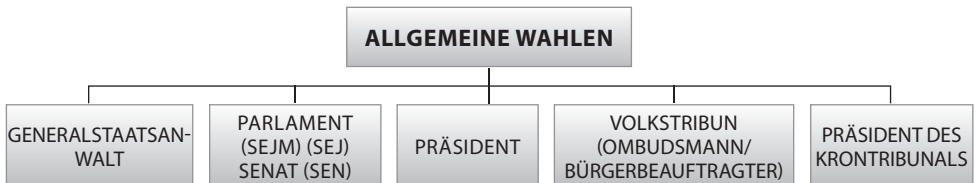
Wenn Politiker auf den Willen ihrer Wähler hören, werden neue Gesetze in Synergie zwischen Politikern und Bürgern entstehen. Wenn andererseits Politiker Entscheidungen gegen den Willen ihrer Wähler treffen, können die Bürger mit Hilfe der Mechanismen der prinzipiellen Demokratie die Politiker disziplinieren, ohne Proteste und Straßendemonstrationen organisieren zu müssen. Unabhängig von der Wahl eines Abgeordneten in einer Parlamentsabstimmung können die Bürger also immer noch Einfluss auf die Form eines bestimmten Gesetzes nehmen, wenn es ausgearbeitet wird, oder ein Veto gegen die verabschiedeten Gesetze einlegen und sie einem Bürgerreferendum unterwerfen.

Außerdem können die Wählerinnen und Wähler einem Abgeordneten, der ihren Willen bei den Abstimmungen im Parlament nicht ausreichend vertritt, die Unterstützung entziehen, sodass dieser Abgeordnete letztlich noch im Amt sein Mandat verliert. Damit wird der Wahllüge ein Ende gesetzt, denn um das Amt eines Abgeordneten bekleiden zu können, wird ehrliche und verlässliche soziale Arbeit für die Menschen in der eigenen Region mehr zählen als vorgetäuschte Wahlpropaganda, die auf populistischen und sozialistischen Versprechen beruht.

Die Parteidisziplin wird durch die Loyalität gegenüber den Wählern ersetzt und die Wahllisten werden nicht mehr von den Parteivorsitzenden abhängen. Die Bürgerinnen und Bürger in ihren Wahlkreisen werden selbst die Besten unter ihnen als Vertreter ihrer Interessen im Parlament (Sejm) wählen können.

Darüber hinaus machen die Mechanismen der prinzipiellen Demokratie politische Korruption unmöglich, sodass die Lobbyarbeit des globalen Korporationskomplexes sowie die Aktivitäten von Geheimdiensten und politisch verwandten kriminellen Gruppen erheblich erschwert werden, denn in einem Staat, in dem jede Entscheidung vom Willen des Volkes abhängen kann, ist es viel schwieriger, Gesetze einzuführen, die den Bürgern des Landes schaden.

DIE STRUKTUR DER MACHT



Der Präsident – hat die kombinierten Kompetenzen des Präsidenten und des Premierministers. Er ernennt persönlich die Minister, den Parlamentspräsidenten und den Polizeichef. Sie sind dem Präsidenten direkt unterstellt, damit er das Land, für das er verantwortlich ist, effizient verwalten kann. Jede Person, die vom Präsidenten in ein öffentliches Amt berufen wird, kann von den Abgeordneten abgesetzt werden, wenn die Abgeordneten in einem Misstrauensvotum mit 67% der Stimmen dafür stimmen.

Minister – Sie können nicht gleichzeitig Abgeordnete sein. Sie haben das Recht, Gesetze zu initiieren, im Sejm zu sprechen und können Prinzipien vorschlagen. Sie haben nicht das Recht, im Sejm abzustimmen.

Generalstaatsanwalt – Für das Amt des Generalstaatsanwalts kann eine Person kandidieren, die mindestens 10 Jahre Erfahrung als Staatsanwalt hat.

Abgeordnete – Sie werden in allgemeinen Wahlen nach der gewichteten Reihenfolge der Wahlen (SEJ) gewählt. Ihre Aufgabe ist es, die Probleme und Bedürfnisse der Gesellschaft zu ermitteln. Sie haben das Recht, Gesetzesinitiativen zu ergreifen, wenn ein entsprechender Antrag von 10% der Abgeordneten unterstützt wird. Die Einleitung einer Gesetzesinitiative beginnt mit der Einbringung eines Antrags im Parlament (Sejm), der dann von den Abgeordneten diskutiert wird, wobei die Prinzipien festgelegt werden. In der ERSTEN LESUNG schlagen die Abgeordneten lediglich die Prinzipien vor und stimmen für sie. In der ABSCHLUSSLUNG stimmen sie für oder gegen den Gesetzentwurf.

Senat – Die Senatoren werden in Einmandatswahlkreisen (SEN) gewählt. Sie haben das Recht, Gesetze zu initiieren, wenn ein entsprechender Antrag von 10% der Senatoren unterstützt wird, und können im Rahmen von Gesetzesvorschlägen Prinzipien vorschlagen. Sie stimmen für einen Gesetzesentwurf oder bringen ihn zur Volksabstimmung. Die Senatoren können eine Vorlage nicht ablehnen.

Volkstribun (Bürgerbeauftragter) – wird in allgemeinen Wahlen gewählt. Seine Aufgabe ist es, über die Qualität der Beziehungen zwischen den Bürgern und den „Obrigkeiten“ zu wachen. Er soll Schirmherr aller Bürgerinitiativen im Sejm sein. Sie befasst sich auch mit Fällen, in denen ein grober Missbrauch des „Machapparats“ gegenüber dem Bürger stattgefunden hat, und überwacht die Qualität der Arbeit der Beamten. Er arbeitet mit den Woiwodschaftstribunen (Bürgerbeauftragten) zusammen.

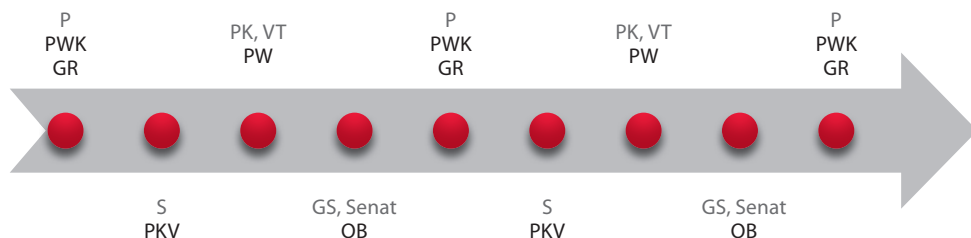
Technokraten (Sozialaktivisten) – Technokraten sind keine Korporationsmitglieder, Lobbyisten oder Beamte, sondern Autoritäten, Spezialisten, Experten, Professoren, Publizisten. Ihre gesamte Tätigkeit ist Pro Publico Bono und wird in Zusammenarbeit mit Verbänden ausgeübt. Technokraten können im Rahmen einer öffentlichen Prinzipienberatung oder während eines Referendums die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, warum sie ein bestimmtes Gesetz, Gesetzesvorschlag oder Prinzip unterstützen oder nicht. Auch während des Bürgerreferendums können sie ihre Analyse veröffentlichen, in der sie das Für und Wider von Gesetzesentwürfen erörtern, über die in einem Referendum abgestimmt wird. Dies erfüllt eine erzieherische Funktion für die Öffentlichkeit und hilft den Bürgern bei der Abstimmung eine fundierte Entscheidung auf der Grundlage von Argumenten und Fakten zu treffen. Die Technokraten nehmen nicht an den Parlamentssitzungen teil und erhalten keine Tagelöhne. Ihre Existenz ist auf ihre Aktivitäten im Rahmen der Digitalen Demokratischen Anwendung (DDApp) beschränkt und sie haben nur eine beratende Funktion. Auf diese Weise wird es im öffentlichen Raum Aktivisten und Autoritäten geben, die sich auf Wissen, Kompetenz und Taten stützen und nicht auf die Sorge um einen Platz auf der Parteiliste. Dadurch wird der Monolith der systemischen Propaganda aufgebrochen und die „neuen Eliten“ können sich auf natürliche Weise bilden.

Krongericht – Für das Amt des Präsidenten des Krongerichts kann eine Person kandidieren, die mindestens 20 Jahre Erfahrung als Richter hat. Er oder sie hat die Aufgabe, die vom Parlament in Auftrag gegebenen Gesetzesvorlagen zu überwachen. Das Krongericht hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die von ihm ausgearbeiteten Gesetze mit der Hierarchie der Prinzipien, die sich aus der Abstimmung der Abgeordneten und Bürger ergeben, sowie mit der Verfassung übereinstimmen.

Polizei – der Polizeipräsident wird vom Präsidenten ernannt und darüber hinaus werden die regionalen Woiwodschaftspolizeipräsidenten in allgemeiner Wahl gewählt, vorausgesetzt, dass der Kandidat seit mindestens 15 Jahren in den Reihen der Polizei tätig ist. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Polizei entpolitisiert wird und auf der Grundlage von Gesetzen und nicht auf der Grundlage von „Druck von oben“ arbeiten kann. Die Wahl des Polizeipräsidenten wird auch dazu führen, dass die Kandidaten der Öffentlichkeit in ihren lokalen Kampagnen Verbesserungsvorschläge für die Polizei unterbreiten müssen, was sich langfristig auf die Qualität der Polizei gegenüber der Öffentlichkeit auswirken dürfte.

Bürgerinnen und Bürger – sie können für die Prinzipien stimmen und die Form eines laufenden Gesetzes beeinflussen. Sie können den Politikern helfen, faire Gesetze einzuführen, oder sie disziplinieren, wenn es nötig ist. Alles geschieht über die DDApp (Digitale Demokratische Applikation) und mit Hilfe einer virtuellen Unterschrift. Die Bürgerinnen und Bürger können Artikel und Videos ansehen, in denen alle in allgemeinen Wahlen gewählten Personen sowie Ministerien und Technokraten die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen können, warum sie in einer bestimmten Angelegenheit auf eine bestimmte Weise abstimmen sollten. Die Bürgerinnen und Bürger können auch Bürgerinitiativen gründen und öffentliche Unterstützung für sie sammeln, sowohl für regionale als auch für landesweite Themen.

ZEITPLAN FÜR DIE WAHLEN



Alle 4 Jahre, Jahr für Jahr, werden die folgenden Personen gewählt:

- P – Präsident,
- S – Mitglieder des Parlaments (Sejm),
- PK – Präsident des Krontribunals,
- VT – Volkstribun,
- GS – Generalstaatsanwalt,
- Senat – Senatoren,
- PWK – Präsident des Woiwodschaftskrontribunals,
- GR – Gemeinderatsmitglieder,
- PW – Provinzparlament (Woiwodschaftssejm),
- OB – Ortsvorsteher (Bürgermeister),
- PKV – auf Provinzebene – Präsident des Berufungsgerichts, Kommandant, Volkstribun.

Dieser Zeitplan für die Wahlen stellt sicher, dass das Regieren im Staat ständig im Fluss ist und dass die Nachfolger die Handlungen der noch amtierenden Beamten/Politiker überprüfen können, deren Arbeit ihrer Kontrolle unterliegt. Es gibt keine Möglichkeit, dass gewählte Entscheidungsträger ihre Position missbrauchen und unethisch handeln, um ihre Macht ungehindert auszuüben.

Bei einer vorgezogenen Wahl hängt die Dauer der nächsten Amtszeit davon ab, ob die Wiederwahl vor oder nach der zweijährigen Amtszeit stattfindet, sodass die nächste Amtszeit mindestens 2 Jahre oder fast bis zu 6 Jahre dauern würde. Wahllisten der Parteien gibt es nicht. Jeder kann sich als Kandidat aufstellen lassen, und das Ergebnis der Wahl hängt von der öffentlichen Unterstützung für die Kandidaten ab.

DIE VORWAHLEN (URWAHLEN)

Eine Situation, in der jeder kandidieren kann, führt dazu, dass es in den Wahlkreisen viele Personen gibt, die kandidieren wollen. Daher wird zunächst eine Vorwahl abgehalten, um die Liste der

Kandidaten auf diejenigen mit der größten öffentlichen Unterstützung zu beschränken. Die Vorwahlen werden elektronisch über die DDApp (Digitale Demokratische Applikation) abgehalten, bei der sich diejenigen, die kandidieren wollen, anderen Menschen (Wähler) durch lokale Aktionen für ihr Gebiet und die Organisation lokaler Gemeinschaftsinitiativen bekannt machen können.

EIN GEWICHTETES WAHLRECHT – „GW“

Die Vorwahlperiode dauert drei Monate. Danach wird eine Wahlliste veröffentlicht, die die 100 Personen mit der größten öffentlichen Unterstützung im Bezirk enthält, und die Wahlperiode beginnt.

„GW“ – Gewichtetes Wahlrecht. Bei den Wahlen zum Sejm wird das Gebiet der Wahlkreise auf der Grundlage der in der Provinz lebenden Bevölkerung bestimmt (wie bisher). Die Anzahl der Sitze, die ein Wahlkreis hat, hängt von der Wahlbeteiligung der Bürger bei den Parlamentswahlen ab. Je mehr Bürger sich an den Wahlen beteiligen, desto mehr Sitze werden diesem Wahlkreis zugewiesen. Daher ist es für die Kandidaten sehr wichtig, dass möglichst viele Wähler in ihrem Wahlkreis antreten (unabhängig davon, für wen die Stimme abgegeben wird), da die Zahl der Sitze pro Wahlkreis steigt und die Kandidaten bessere Chancen haben, einen Sitz zu gewinnen. Dies wird zu lokaler Einheit und Rivalität zwischen den Bezirken um Sitze führen, was wiederum auf natürliche Weise zu einer Situation führen dürfte, in der eine stärkere Beteiligung der Bürger am politischen Leben gefördert wird und die Abgeordneten ihren lokalen Wählern gegenüber loyaler sind als gegenüber dem Parteivorsitzenden. Die Wahlbeteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird drastisch steigen, wodurch sichergestellt wird, dass im Parlament Personen sitzen, die wirklich die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertreten.

Kandidaturvoraussetzungen:

- Ein Kandidat muss von einer Vereinigung unterstützt werden, um an den Parlamentswahlen teilnehmen zu können. Dies kann durch die Zusammenarbeit mit bestehenden Vereinigungen geschehen, oder die Person, die kandidieren möchte, kann ihre eigene Vereinigung anmelden.
- Wenn eine Vereinigung mindestens hundert Mitglieder hat, kann sie einen zweiten Parlamentskandidaten unterstützen.
- Die Vereinigung erwirbt das Recht, für jedes weitere Hundert Mitglieder, das der Vereinigung angehört, weitere Kandidaten zu unterstützen.

POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG

Politische Unterstützung – Dies ist die Summe der Stimmen, die ein Politiker bei den allgemeinen Wahlen erhalten hat (+ Unterstützungsstimmen für die Übergangszeit). Jeder Politiker hat ein Profil in der DDApp (Digitale Demokratische Applikation), in dem diese UNTERSTÜTZUNG sichtbar ist. Ein Politiker kann diese UNTERSTÜTZUNG jederzeit während seiner Amtszeit verlieren (aber nicht früher als 3 Monate nach dem Ende der Wahl), wenn ein Bürger, der vom Verhalten seines Vertreters enttäuscht ist, seine UNTERSTÜTZUNG als Übergangsunterstützung auf einen anderen Politiker überträgt.

- Wenn ein Politiker die Unterstützung von 67% seiner Wählerschaft verliert (die er bei einer allgemeinen Wahl gewonnen hat, ohne Übergangsunterstützungsstimmen), verliert er oder sie automatisch seinen Sitz.
- Ein Bürger kann einem Politiker auch seine Unterstützung entziehen und ihn „suspendieren“. Wenn 67% der Wähler, die an den Wahlen teilgenommen haben, dies tun, wird der Sejm aufgelöst und vorgezogene Wahlen abgehalten.
- Je größer die politische Unterstützung eines Abgeordneten ist, desto größer ist sein demokratischer Einfluss auf die Gestaltung der Gesetze.
- Indem die Bürger einem Abgeordneten die Unterstützung entziehen, schwächen sie den demokratischen Einfluss dieses Abgeordneten auf die Gestaltung der Gesetze.
- Der Entzug der Unterstützung durch die Bürger hat zur Folge, dass der Wert von 1 Elektorenstimme sinkt.

ELEKTORENSTIMME

Selbst wenn bei einer parlamentarischen Abstimmung die Mehrheit der Abgeordneten einstimmig stimmte und der Rest abwesend war oder sich der Stimme enthielt, ist die daraus resultierende Abstimmung der Ausdruck des Willens nur eines Teils der Bürgervertreter mit einer bestimmten POLITISCHEN UNTERSTÜTZUNG – und daher ein unvollständiger Ausdruck der Demokratie.

Die Elektorenstimme: Das ist die Anzahl der Bürger, die sich in der öffentlichen Prinzipienkonsultation für ein bestimmtes Prinzip aussprechen müssen, damit die Stimme der Bürger in ihrer Gesamtheit so viel wert ist wie die Stimme eines Abgeordneten in einer Abstimmung.

Bei der Festlegung der Prinzipien wird der Wert einer Elektorenstimme nach der folgenden Formel berechnet:

$$1 \text{ ELEKTORENSTIMME} = \frac{67\% \text{ POLITISCHEN UNTERSTÜTZUNG DER STIMMENDEN ABGEORDNETEN}}{\text{ANZAHL DER STIMMENDEN ABGEORDNETEN} + \text{ANZAHL DER ENTHALTUNGEN}}$$

Durch die Anwendung dieser Formel wird ein gesundes Gleichgewicht und eine Verhältnismäßigkeit des demokratischen Einflusses zwischen Abgeordneten und Bürgern bei der Gesetzgebung erreicht.

- Je mehr Bürger im politischen Leben aktiv sind, desto höher wird die Anzahl der Bürger pro 1 Elektorenstimme.
- Bei parlamentarischen Abstimmungen ist die Stimme eines Abgeordneten oder Ratsmitglieds die „mutmaßliche Wahl“ des Bürgers, der ihm seine Unterstützung gegeben hat, aber ein Bürger kann auch anders als sein „Willensvertreter“ wählen. In diesem Fall wird die politische Unterstützung des jeweiligen Abgeordneten automatisch bei jeweiligem Prinzip abgezogen und die Stimme des Bürgers wird dem kollektiven Pool des jeweiligen Prinzips hinzugefügt.
- Die Stimmenthaltungen eines Abgeordneten führen dazu, dass sie bei der Berechnung des Wertes von 1 Elektorenstimme zum Nenner hinzugezählt werden. Dadurch wird die Hürde für die Erlangung einer Wählerstimme für die Bürger gesenkt, sodass jegliche „Parteispieler“ zum Vorteil der Bürger und der echten Demokratie wirken.
- Ein Bürger kann für ein Prinzip stimmen, bei dem sich sein Abgeordneter der Stimme enthalten hat, und diese Bürgerstimmen werden sowohl mit „Ich unterstütze“ als auch mit „Ich unterstütze nicht“ an den Gesamtpool des betreffenden Prinzips abgegeben.
- Die Meinung eines Bürgers in der öffentlichen Prinzipienkonsultationen wirkt sich auf den Wert einer Elektorenstimme aus, d.h. je größer die öffentliche Empörung der Bürger über die von den Politikern getroffenen Entscheidungen ist, desto mehr sinkt der Wert einer Elektorenstimme und desto leichter wird es für die Bürger, ihre ablehnende Haltung zum Ausdruck zu bringen und die Form des zu prüfenden Gesetzentwurfs zu beeinflussen.
- Bürger, die an den allgemeinen Wahlen teilgenommen haben und deren Kandidat ein Mandat errungen hat, können die Abgeordneten und Regierenden ihrer Region und ihres Staates beeinflussen, und ihre Meinung in den öffentlichen Prinzipienkonsultationen wirkt sich auf den Wert von einer Elektorenstimme aus.
- Bürger, die an den Wahlen teilgenommen haben, deren Kandidat aber keinen Sitz errungen hat, haben ihre politische Unterstützung „ausgesetzt“. Sie können sie jederzeit nach der Wahl als Übergangsunterstützungsstimme an einen beliebigen Abgeordneten vergeben, und ihre Meinung in der öffentlichen prinzipiellen Konsultationen beeinflusst dann den Wert von 1 Elektorenstimme.
- Bürger, die nicht an den allgemeinen Wahlen teilgenommen haben, können als „Bürger/Einwohner“ ebenfalls ihre Meinung zum Ausdruck bringen, indem sie für die Prinzipien stimmen. Die Stimme eines „Bürgers/Bewohners“ geht in den Gesamtstimmenpool des jeweiligen Prinzips ein, wird aber bei der Berechnung des Wertes von 1 Elektorenstimme nicht mitgezählt. Sie müssen eine virtuelle Unterschrift vorweisen und ihre Stimme ist standardmäßig nicht existent, bis ein Bürger sich an der Gemeinschaftsleben beteiligen möchte.

PARLAMENTARISCHE PRINZIPIENDEBATTE (SEJM) UND ÖFFENTLICHE PRINZIPIENKONSULTATIONEN

Politiker sind nicht dazu da, Gesetzesentwürfe zu schreiben. Ihre Aufgabe ist es, den Vorschlag im Sejm weiterzuverfolgen und eine parlamentarische Prinzipdebatte zu führen, bei der Prinzipien hinzugefügt werden. Die Bürgerinnen und Bürger können dann während der öffentlichen Prinzipidebatte über die DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) für diese Prinzipien abstimmen. Auf diese Weise helfen die Bürgerinnen und Bürger den Abgeordneten, die Hierarchie der Prinzipien im Einklang mit dem demokratischen Willen der Bürgerinnen und Bürger zu halten.

- Die Bürger können von Abgeordneten, Minister, Senatoren, lokale Verwaltungsbeamten und Technokraten während der öffentlichen Prinzipienkonsultationen beraten werden.
- In den meisten Fällen wird sich die Rolle der Bürger auf eine beratende Funktion beschränken, aber wenn das Thema für die Bürger so wichtig ist, dass sie mit ihrer Beteiligung die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der stimmberechtigten Abgeordneten erreichen, dann wird eine solche Gesetzesinitiative in den Bürgermodus umgeleitet.

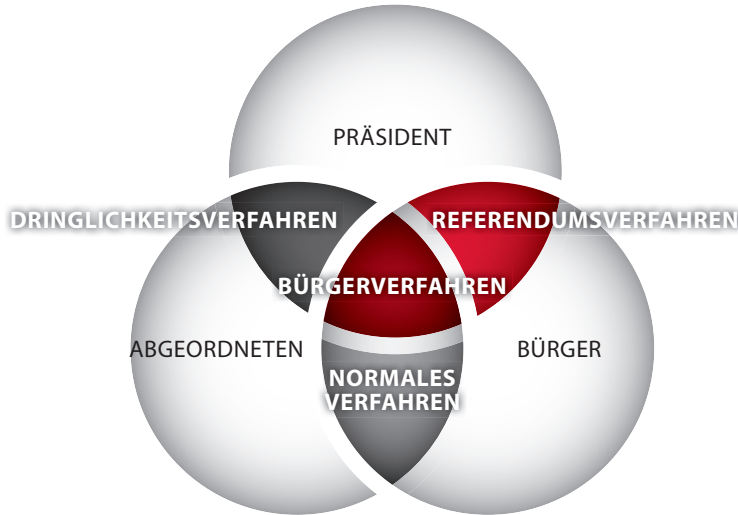
BÜRGERLICHES VETO

Die Bürger können gegen die Entscheidung der Politiker ein Veto einlegen, nachdem sie die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der abstimmenden Abgeordneten erreicht haben, und dies geschieht in zwei Fällen:

- **Verweisung eines verabschiedeten Gesetzes an ein Volksreferendum** – Die Bürger können sich gegen ein verabschiedetes Gesetz aussprechen und ein Veto einlegen, wenn sie eine Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der stimmberechtigten Abgeordneten erreichen. Wenn diese Schwelle erreicht ist, wird das betreffende Gesetz dem Bürgerreferendum unterzogen.
- **Verweisung eines abgelehnten Gesetzes an das Verfahren im Bürgermodus** – Die Bürger können gegen einen Beschluss der Abgeordneten zur Ablehnung eines Gesetzes Einspruch erheben und ein Veto einlegen, wenn sie die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der stimmberechtigten Abgeordneten erreichen. Wenn diese Schwelle erreicht wird, wird die betreffende Gesetzesinitiative wieder aufgenommen und im Bürgermodus weitergeführt.

GESETZGEBUNGSINITIATIVE

Gesetzgebungsinitiative – ist in vier Verfahren unterteilt:

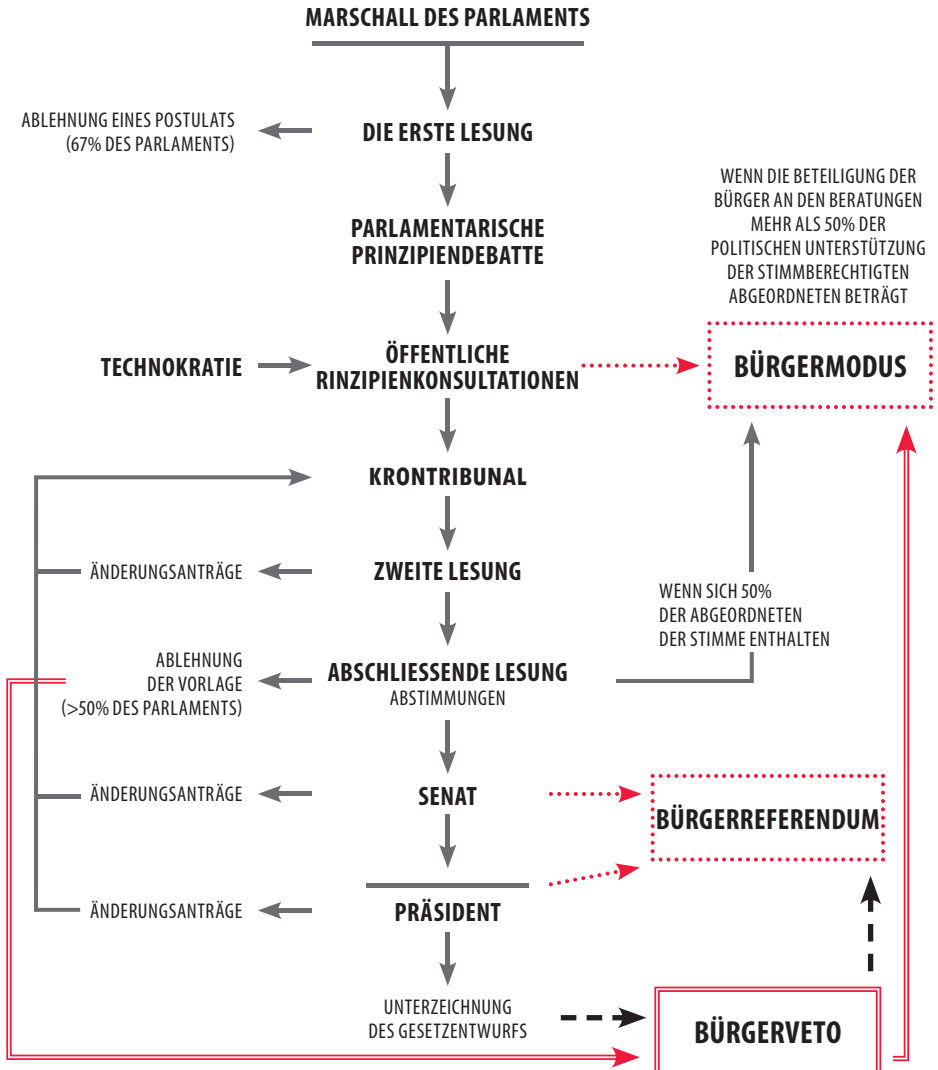


1. **Normales Verfahren** – der Einfluss auf die Form und die Entscheidungsfindung bei der Einführung eines Gesetzes hängt vom Präsidenten, den Abgeordneten und den Bürgern ab.
2. **Dringlichkeitsverfahren** – der Einfluss auf die Form und Entscheidungsfindung bei der Einführung eines bestimmten Gesetzes hängt vom Präsidenten und den Abgeordneten ab. Andererseits können die Bürgerinnen und Bürger gegen ein im Dringlichkeitsverfahren verabschiedetes Gesetz ihr Veto einlegen und es dem Referendumsverfahren unterwerfen.
3. **Bürgerverfahren** – der Einfluss auf die Gestaltung und Entscheidungsfindung bei der Einführung eines Gesetzes hängt hauptsächlich von den Bürgern ab. Eine Gesetzesinitiative im bürgerlichen Verfahren kann weder vom Parlament noch vom Präsidenten abgelehnt werden. Das Verfahren findet alle 6 Monate statt und für die Gesetzesinitiativen, die:
 - die aufgrund einer hohen Bürgerwahlbeteiligung während der öffentlichen Prinzipienkonsultationen übertragen werden.
 - die aufgrund einer zu geringen Beteiligung der Abgeordneten bei der abschließenden Lesung, die für oder gegen den betreffenden Gesetzentwurf stimmten, übertragen wurden.
 - und Lokale Sozialinitiativen, die von 10% der Abgeordneten unterstützt wurden.
4. **Referendumsverfahren** – der Entscheidungseinfluss für die Einführung eines Gesetzes ist abhängig von den Bürgern und dem Präsidenten. Es findet alle 6 Monate statt und für die Gesetzesinitiativen, die:
 - von den Bürgern mit einem Veto belegt wurden,
 - vom Präsidenten vorgeschlagen wurden,
 - durch den Willen der Abgeordneten, Senatoren oder des Präsidenten in das Referendumsverfahren überführt wurden.

GESETZESINITIATIVE

NORMALES VERFAHREN

* Präsident, Ministerien, Abgeordnete (10% des Parlaments (Sejm)), Senatoren (10% des Senats)



Etappe 1: Erste Lesung – Das legitimierte Gremium legt dem Parlament einen Gesetzesentwurf vor und schlägt dann obligatorisch mindestens ein Prinzip dazu vor. Die Abgeordneten können eine eingeleitete Gesetzesinitiative in der ersten Lesung ablehnen, wenn 67% der Abgeordneten dagegen stimmen würden.

Etappe 2: Parlamentarische Prinzipiendebatte – Jeder Abgeordnete hat das Recht, so viele Prinzipien vorzuschlagen, wie er möchte. Die Abgeordneten stimmen dann über die Unterstützung oder Ablehnung eines bestimmten Prinzips ab.

Etappe 3: Öffentliche Prinzipienkonsultationen – Dauert mindestens einen Monat. Die Technokraten können die Bürger bis zum Ende der öffentlichen Konsultation davon überzeugen, warum es sich lohnt, auf eine bestimmte Weise abzustimmen. Sobald die Bürger für die Prinzipien eines bestimmten Gesetzgebungsvorgangs gestimmt haben, werden sie entsprechend den Abstimmungen im Parlament (Sejm) und dem in der Konsultation zum Ausdruck gebrachten „Willen des Volkes“ hierarchisiert.

- Wenn die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der öffentlichen Prinzipienkonsultation den Schwellenwert von 50% der politischen Unterstützung der Abgeordneten, die in einem bestimmten Gesetzgebungsverfahren für die Grundsätze gestimmt haben, übersteigt, wird eine solche Gesetzgebungsiniziativa dem Bürgerverfahren unterzogen.

Etappe 4: Krontribunal – Die Auswirkungen der auf diese Weise hierarchisierten Prinzipien, die sich aus dem Votum der Abgeordneten im Sejm sowie der Bürger in der öffentlichen Prinzipienkonsultation ergeben, werden an das Krontribunal weitergeleitet, wo auf ihrer Grundlage der endgültige Gesetzesentwurf ausgearbeitet wird. Die 2/3 der Prinzipien, die in der endgültigen Hierarchie die höchste Stimmenzahl erreicht haben, erhalten den Status des „übergeordneten“ und die Minderheit 1/3 der Prinzipien erhält den Status des „richtungsweisenden“.

Etappe 5: Zweite Lesung – Der vom Krontribunal erstellte Gesetzesentwurf wird dem Parlament vorgelegt. Die Abgeordneten nach dem sie sich mit dem Gesetzesentwurf vertraut gemacht haben können die Änderungen beim Krontribunal beantragen. Dazu müssen jedoch 10% der Abgeordneten den Antrag unterzeichnen und die Änderungen müssen mit den übergeordneten Prinzipien übereinstimmen.

Etappe 6: Abschliessende Lesung – Die Abgeordneten stimmen für oder gegen den endgültigen Gesetzesentwurf. Sie können einen Gesetzesentwurf ablehnen, wenn mehr als 50% der Abgeordneten dagegen stimmen. Enthalten sich hingegen mindestens 50% aller Abgeordneten der Stimme, wird die betreffende Gesetzesvorlage zur weiteren Behandlung in das Bürgerverfahren verwiesen.

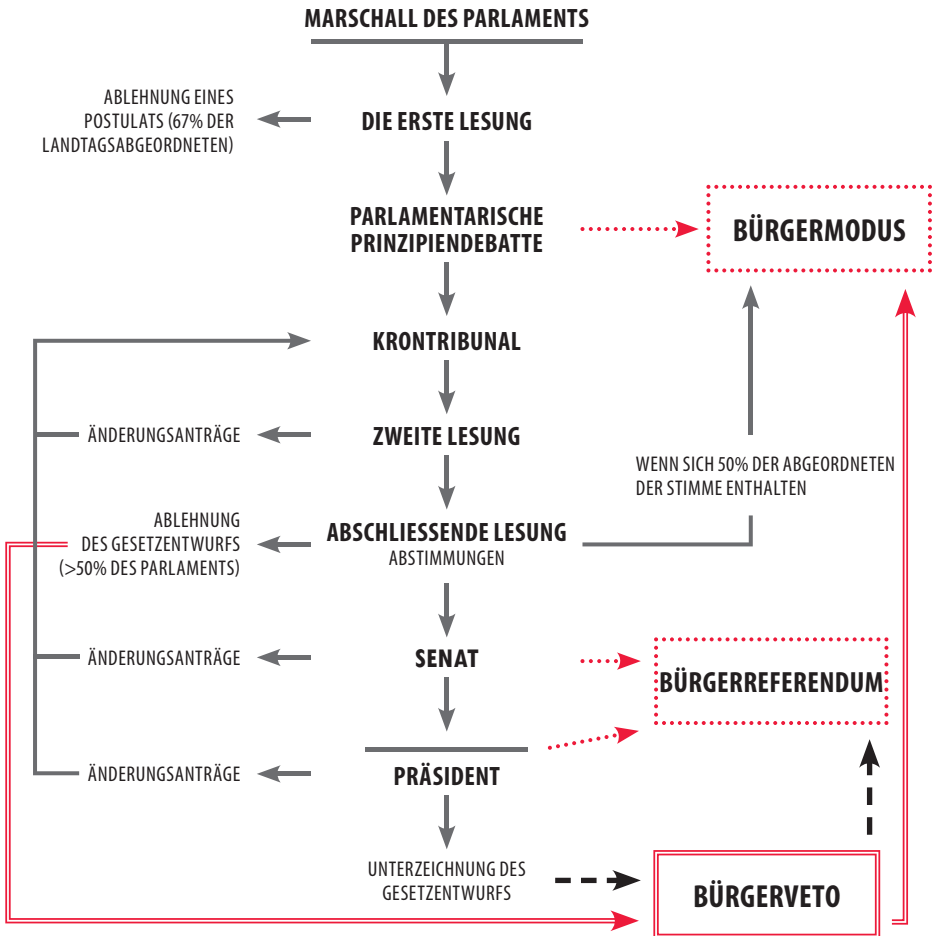
Etappe 7: Senat – Die Senatoren können Änderungsanträge einreichen, die jedoch mit den übergeordneten Prinzipien übereinstimmen müssen, und 10% der Senatoren müssen den Änderungsantrag unterzeichnen. Der Senat kann den Gesetzesentwurf nicht ablehnen. Er stimmt über die Annahme des Gesetzesentwurfs ab, oder er kann ihn an ein Bürgerreferendum weiterleiten.

Etappe 8: Präsident

- Der Präsident kann Änderungen beantragen, aber auch diese müssen mit den übergeordneten Prinzipien übereinstimmen.
- Der Präsident kann das Gesetz verabschieden und unterzeichnen oder es einem Bürgerreferendum unterziehen.

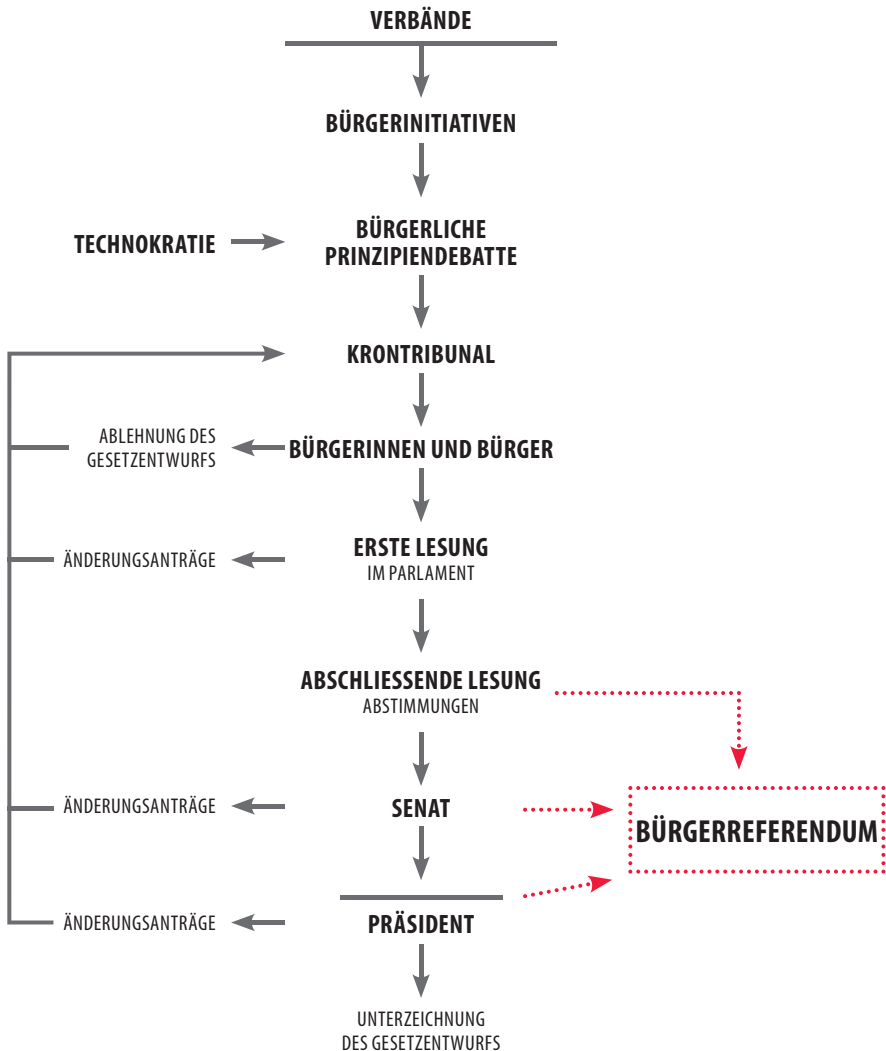
Etappe 9: Bürgerveto – Bürger, die die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung (die in der letzten Lesung abstimmenden Abgeordneten) erreichen, können sowohl gegen die Ablehnung des Gesetzesentwurfs durch die Abgeordneten als auch gegen den vom Präsidenten verabschiedeten und unterzeichneten Gesetzesentwurf ein Veto einlegen.

* Präsident, Abgeordnete (2/3 des Parlaments (Sejm))



Der Unterschied zwischen dem Normalen und dem Dringlichkeitsverfahren ist der Ausschluss des Bürgerentscheids, um aus den wichtigen und unerwarteten Umständen heraus, die entsprechende gesetzgeberische Maßnahme im Interesse des Landes und der Bürger zu beschleunigen. Jedes im Dringlichkeitsverfahren verabschiedete Gesetz kann jedoch in einem Bürgerreferendum erneut geprüft werden, – wenn innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf der Legislaturperiode des verabschiedeten Gesetzes die Bürger, die für das Referendumsverfahren stimmen, die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der in der letzten Lesung abstimmenden Abgeordneten erreichen.

* Gesetzesvorschläge mit parlamentarischer Unterstützung (10% des Parlaments (Sejm)) und Gesetzesinitiativen, die in das Bürgerverfahren überführt wurden



Das Bürgerverfahren wird regelmäßig alle sechs Monate im Parlament (Sejm) organisiert, und dabei werden die Forderungen der Verbände, die die Unterstützung der Abgeordneten gewonnen haben, sowie die Gesetzesvorhaben, die zur Behandlung in das Bürgerverfahren übertragen wurden, bearbeitet.

Etappe 1: Verbände und Bürgerinitiativen

Die erste Etappe findet zwischen Verbänden und Bürgern statt. Die gesamte Interaktion findet mittels einer virtuellen Unterschrift auf der DDApp (Digitale Demokratische Applikation) statt und hat zum Ziel, die für die Bürger wichtigen Forderungen zu identifizieren.

Verbände können ihre Gesetzesvorschläge hinzufügen und um öffentliche Unterstützung dafür werben oder bestehende Gesetzesvorschläge unterstützen. Gesetzesvorschläge, die der DDApp (Digitale Demokratische Applikation) hinzugefügt werden, werden zunächst nach der lokalen Unterstützungsrangliste angezeigt, und Gesetzesvorschläge mit der höchsten öffentlichen Unterstützung werden in der nationalen Rangliste angezeigt – dies erleichtert es bereits populären Gesetzesvorschlägen, noch mehr öffentliche Unterstützung zu erhalten, und gibt ihnen die Chance, parlamentarische Unterstützung zu finden, wodurch ein solcher Gesetzesvorschlag in die zweite Etappe übergeht und eine Bürgergesetzgebungsinitiative im Bürgerverfahren startet.

- Um einen Gesetzesvorschlag in die DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) einzubringen, müssen Verbände die für ihre Organisation erstellte virtuelle Signatur verwenden.
- Bei der Einreichung eines Gesetzesvorschlages müssen die Verbände mindestens ein Prinzip zu diesem Gesetzesvorschlag hinzufügen.
- Der Nutzer/Bürger gibt die Postleitzahl seines Wohnortes in sein Konto ein und erhält entsprechend dem Wohnort eine Liste mit Gesetzesvorschlägen, die unterstützt werden sollten.
- Im Bürgerverfahren können die Bürger nur für „Ich unterstütze“ stimmen.

Etappe 2: Bürgerliche Prinzipiendebatte

Ein von dem Verband eingereichtes Gesetzesvorschlag, das von 10% der Abgeordneten im Sejm unterstützt wird, geht in die zweite Etappe und wird einer nationalen Debatte unterzogen. In dieser Phase können alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu einem solchen Gesetzesvorschlag Prinzipien hinzufügen, denen die Bürgerinnen und Bürger dann ihre Unterstützung geben können. Auch Verbände können den Gesetzesvorschlägen Prinzipien hinzufügen, und zwar auf dieselbe Art und Weise wie beim Hinzufügen der Gesetzesvorschläge selbst in der ersten Phase. Sie gewinnen zunächst lokale und schließlich landesweite Unterstützung, und wenn ihre Prinzipien von einem Parlamentarier unterstützt werden, gehen sie in den Pool der Prinzipien des betreffenden Gesetzesvorschlags ein

- Die Verbände als Technokratie können zu allen eingereichten Prinzipien Analysen in Form von Artikeln, Videos oder Kommentaren hinzufügen.
- Wenn es Zwillingprinzipien gibt, kann eine Konsolidierung dieser zwischen den Autoren erfolgen. Die Konsolidierung von Prinzipien hat einen großen Vorteil für die Bürger, da sie die öffentliche Unterstützung für ein bestimmtes Prinzip erhöht und ihm einen höheren Platz in der endgültigen Hierarchie der Prinzipien gibt.
- Kommt es zu einer Konsolidierung, muss jeder Nutzer einer kleineren Gruppe, die mit einer größeren Gruppe konsolidiert wird, erneut zustimmen, seine Stimme beizusteuern, und die Autoren des konsolidierten Prinzips erscheinen als Mitautoren.
- Diese Phase muss zeitlich begrenzt sein und ein Ende haben, damit sich Hierarchien von Prinzipien herausbilden können. Die bürgerliche Prinzipiendebatte sollte mindestens drei Monate dauern, damit die Öffentlichkeit Zeit hat, sich zu äußern. In den ersten beiden Monaten können neue Prinzipien hinzugefügt werden, und im letzten Monat können ähnliche Prinzipien konsolidiert und die Unterstützung der Bürger für die Prinzipien abschließend gesammelt werden.

Etappe 3: Das Krontribunal

Die herausgebildete Hierarchie der Prinzipien wird vor dem Krontribunal verhandelt, dessen Aufgabe ist es, Gesetze zu entwerfen, die sowohl auf der Hierarchie der Prinzipien als auch auf der Grundlage der konstitutionellen Ordnung basieren. 2/3 der Prinzipien mit der größten öffentlichen Unterstützung erhalten bei der Ausarbeitung von Gesetzen den Status von übergeordneten Prinzipien, und eine Minderheit von 1/3 der Prinzipien erhält den Status von Richtungsprinzipien – sie können berücksichtigt werden oder auch nicht, wenn zum Beispiel ein Richtungsprinzip mit einem übergeordneten Prinzip in Konflikt steht.

- Wenn es Fälle gibt, in denen sich bestimmte Prinzipien in den ausgewählten übergeordneten Prinzipien im Wesentlichen widersprechen, werden die Prinzipien, die weniger Unterstützung erhalten haben, in den Pool der Richtungsprinzipien übertragen.

Schließlich legt das Krontribunal der Öffentlichkeit den Gesetzesentwurf vor, der auf der Grundlage der übergeordneten Prinzipien und unter Berücksichtigung der Richtungsprinzipien erstellt wurde.

Etappe 4: Bürgerinnen und Bürger

Der vom Krontribunal vorgelegte Gesetzesentwurf muss von den Bürgern angenommen werden, die für die Prinzipien unter dem gegebenen Gesetzesvorschlag stimmen. Die Annahme erfolgt durch Fehlen des Widerspruchs. Nach einem Monat wird es angenommen und an das Parlament (Sejm) weitergeleitet, es sei denn, 50% der Bürger, die an der bürgerlichen Prinzipiendebatte über diesen Gesetzesvorschlag teilgenommen haben, äußern ihre Einwände.

Etappe 5: Parlament (Sejm)

Durch die Öffentlichkeit gebilligte Gesetzesentwürfe werden an das Parlament weitergeleitet, wo die Abgeordneten Änderungen beim Krontribunal beantragen können. Dazu müssen jedoch 10% der Abgeordneten, die den Antrag unterzeichnen und die Änderungen müssen mit den übergeordneten Prinzipien übereinstimmen. Die Abgeordneten können eine Gesetzesinitiative im Bürgerverfahren ablehnen, und ihre Zustimmung erfolgt durch das Fehlen eines ausdrücklichen Widerspruchs. Die Abgeordneten können einen Gesetzesentwurf auch einem Bürgerreferendum unterziehen, wenn mehr als 50% der Abgeordneten für das Referendum stimmen.

Etappe 6: Senat

Im Parlament verabschiedetes Gesetz wird an den Senat weitergeleitet. Die Senatoren können beim Crown Court auch Änderungsanträge stellen (10% der Senatoren), die ebenfalls den übergeordneten Prinzipien entsprechen müssen. Die Senatoren können einen Gesetzesentwurf nicht ablehnen. Sie können den betreffenden Gesetzesentwurf nur annehmen oder ihn einem Bürgerreferendum unterwerfen.

Etappe 7: Präsident

- Der Präsident kann Änderungen beantragen, die jedoch im Einklang mit den übergeordneten Prinzipien stehen müssen.
- Der Präsident kann das Gesetz verabschieden und unterzeichnen oder es einem Bürgerreferendum unterziehen.

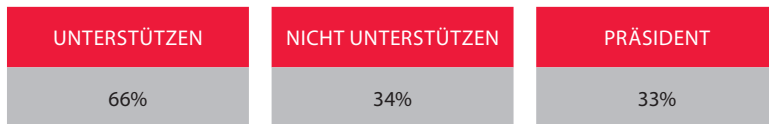
* Präsident

Der Bürgerentscheid findet alle 6 Monate statt und dauert mindestens 1 Monat. Nur der Präsident kann aus eigener Initiative Fragen für das Referendum vorschlagen. Wenn ein Referendum aufgrund eines Gesetzgebungsverfahrens abgehalten wird, das in das Referendumsverfahren überführt wurde, darf der Präsident nicht in den Inhalt des Referendums eingreifen, außer indem er seine Stimme mit „Ich unterstütze“ oder „Ich unterstütze nicht“ abgibt.

- Der Präsident hat die „Macht“ seiner Stimme von 33%, die sich aus der Wahlbeteiligung der Bürger in einem bestimmten Referendum ergibt.
- Der Präsident kann seine Stimme abgeben und den Ausgang des Referendums beeinflussen oder er kann sich nicht ingerieren und die Wahl ganz dem Willen der Bürgerinnen und Bürger überlassen. Ein Beispiel für ein Referendum.

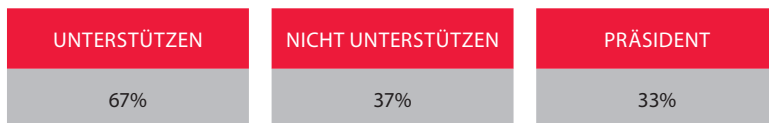
Example

1.



In diesem Fall hat der Präsident immer noch die Möglichkeit, den Ausgang des Referendums zu beeinflussen. Wenn er sich für „ich unterstütze nicht“ entscheidet, kann der Gesetzentwurf scheitern

2.



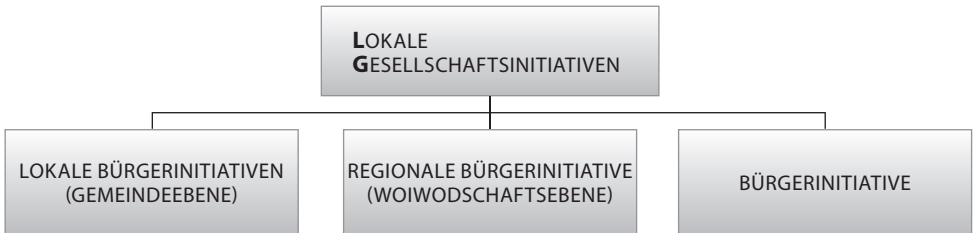
In diesem Fall hat der Präsident keine andere Wahl, als die Demokratie zu respektieren und das Gesetz zu unterzeichnen.

- Wenn 67% der Wähler für die Option „NICHT UNTERSTÜTZEN“ sind, dann muss sich auch der Präsident dem Willen des Volkes fügen und der im Referendum abgestimmte Gesetzesentwurf muss abgelehnt werden.

Daher reicht es aus, wenn 67% der Wähler für eine der Optionen sind, und die Entscheidung der Bürger ist absolut und die Politiker müssen sich dem Willen der Bürger anpassen.

LOKALE GESELLSCHAFTSINITIATIVEN

Alle Bürgerinitiativen haben ihren Ursprung von unten nach oben in den lokalen Gemeinschaften, als lokale Gesellschaftsinitiative. Je nach Zweck und Bedeutung der von den Bürgern ins Leben gerufenen Gesellschaftsinitiative, kann sie sich auf lokale Angelegenheiten beziehen (Gemeinde), die regionale (Woiwodschaft) oder das ganze Land betreffen.



Bei der Einrichtung einer Lokalen Gesellschaftsinitiative auf der DDApp (Digitalen Demokratischen Anwendung) definieren die Bürger oder Verbände selbst den administrativen Bereich der vorgeschlagenen Initiative.

- Wenn die vorgeschlagene Initiative die Gemeinde betrifft, wird eine solche Lokale Gesellschaftsinitiative, nachdem sie die Unterstützung von 33% der Gemeinderatsmitglieder erhalten hat, in den Gemeinderatssitzungen im Bürgerverfahren als lokale Bürgerbeschlussinitiative behandelt.
- Wenn die vorgeschlagene Initiative die Woiwodschaft betrifft, wird eine solche Lokale Gesellschaftsinitiative, nachdem sie 33% Unterstützung der Woiwodschaftsräte erhalten hat, in den Sitzungen der Woiwodschaftsversammlung im Bürgerverfahren als regionale Bürgerbeschlussinitiative behandelt.
- Wenn die vorgeschlagene Initiative Angelegenheiten betrifft, die auf nationaler Ebene geregelt werden sollten, wird eine solche Lokale Gesellschaftsinitiative, nachdem sie die Unterstützung von 10% der Abgeordneten erhalten hat, im Parlament im Bürgerverfahren als Bürgerbeschlussinitiative behandelt.

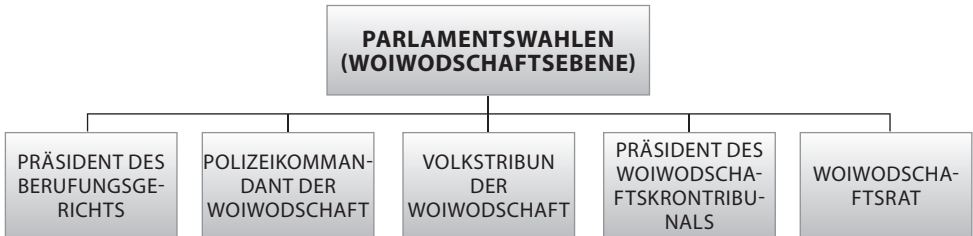
Das Komitee der Gesetzgebungs- oder Entschließungsinitiative – wird von Bürgern und Verbänden gebildet, die Urheber der Prinzipien sind, die in der Gruppe der übergeordneten Prinzipien enthalten sind. Auf diese Weise können die Bürger und Verbände als Verfasser der von der Öffentlichkeit am stärksten unterstützten Prinzipien sicherstellen, dass die zu schaffenden Gesetze mit dem Willen der Bürger übereinstimmen. Das Bürgerkomitee für eine Gesetzgebungs- oder Entschließungsinitiative kann die vorgeschlagene Initiative während des gesamten Bürgerverfahrens sowohl im Parlament als auch bei den Beratungen des Gemeinderats oder der Woiwodschaftsversammlung vertreten.

KOMMUNALVERWALTUNG

Auf der Ebene der Kommunalverwaltung ist die Stadt der Hauptverwaltungssitz. Die Ebene der Kreisverwaltung wird abgeschafft. Die Gemeinden erfüllen die ihnen auferlegten Ziele und Pflichten selbst, und was über die Möglichkeiten der Landgemeinden hinausgeht, steht unter der Schirmherrschaft des Landrats auf Woiwodschaftsebene.

- Kommunale Bürgerreferenden sowie Woiwodschaftsreferenden werden mit einfacher Mehrheit der Bürger beschlossen. Es gibt keine Referendumsschwelle.

MACHTSTRUKTUR – WOIWODSCHAFTSEBENE



- Der Landtagsabgeordnete, der bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hat, wird zum woiwodschaftsmarschall ernannt.
- Der Woiwode wird vom Präsidenten ernannt.
- Der Landrat wird von den Gemeindevorstehern gewählt.

Präsident des Berufungsgerichts – Der Bewerber muss mindestens 15 Jahre Erfahrung als Richter haben. Dank des allgemeinen Wahlrechts für diese Funktion werden die Bürger von der Qualität der Justiz und einem unabhängigen Berufungsgericht profitieren.

Polizeikommandant der Woiwodschaft – Der Bewerber muss mindestens 15 Jahre im Polizeidienst tätig sein, davon die letzten fünf Jahre im Dienst der Woiwodschaft, in der er oder sie kandidieren möchte. Durch die Wahl in dieses Amt wird sichergestellt, dass die Polizei unabhängig von politischen Zwängen geführt wird und zu den Wurzeln ihrer Berufung, „zu dienen und zu schützen“, zurückkehren werden muss.

Volkstribun der Woiwodschaft – Seine Aufgabe ist es, die Qualität der Beziehungen zwischen den Bürgern und „der Obrigkeit“ im Auge zu behalten. Er soll die Schirmherrschaft über alle Bürgerinitiativen in der Woiwodschaftsversammlung übernehmen. Er befasst sich auch mit Fällen von grobem Missbrauch des „Machapparats“ gegenüber dem Bürger und überwacht die Qualität der Arbeit der Beamten

Präsident des Woiwodschaftskrontribunals – Für das Amt des Präsidenten des Woiwodschaftskrontribunals kann eine Person kandidieren, die mindestens 20 Jahre Erfahrung als Richter hat. Er oder sie ist zuständig für die Überwachung der schriftlichen Beschlussvorlagen, die von den Gemeinderäten und der Woiwodschaftsversammlung in Auftrag gegeben werden. Die Aufgabe des Woiwodschaftskrontribunals besteht darin, dafür zu sorgen, dass die von ihm ausgearbeiteten Gesetze mit der Hierarchie der Prinzipien, die sich aus dem Wahlergebnis der Abgeordneten und der Bürger ergeben, sowie mit den geltenden Rechtsvorschriften des Landes in Einklang stehen.

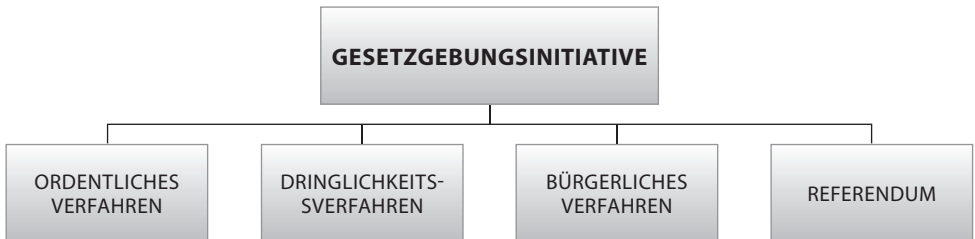
Woiwodschaftsrat – Die Ratsmitglieder werden nach der gewichteten Wahlordnung gewählt. Der Marschall der Woiwodschaft kann jemanden aus dem Rat der Woiwodschaftsversammlung sowie Person, die nicht mit der Woiwodschaftsversammlung verbunden ist, zum Vize-Marschall oder zum Mitglied des Woiwodschaftsrates ernennen. Personen, die vom Marschall der Woiwodschaft in ein beliebiges Amt berufen wurden, können von der Regionalversammlung abberufen werden, wenn die Ratsmitglieder in der Regionalversammlung mit 67% einstimmig für die Abberufung gestimmt haben.

REGIONALVERSAMMLUNG (WOIWODSCHAFTSEBENE)

Regionalversammlung – list für die zivilisatorische Entwicklung der Region verantwortlich. Sie befasst sich mit der Regionalpolitik, die in der Woiwodschaft durchgeführt und umgesetzt wird. In der Regionalversammlung können auch regionale Gesetzesvorschläge kreiert werden, die es der Lokalverwaltung ermöglichen, die Interessen ihrer Region auf nationaler Ebene zu vertreten.

- Auf der Regionalversammlungsebene können die Bürger lokale Bürgerinitiativen ins Leben rufen, die nach der Unterstützung von 33% der Provinzräte auf der Regionalversammlung im Bürgerverfahren als regionale Bürgerbeschlussinitiative weitergeführt werden.
- Provinzräte, Präsidenten, Bürgermeister und Landräte auf der Regionalversammlungsebene können Entwürfe für Gesetzesinitiativen einreichen, die, nachdem sie gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern der jeweiligen Woiwodschaft ausgearbeitet wurden, als regionales Gesetzesvorschlag zur weiteren Behandlung im Parlament eingereicht werden können.

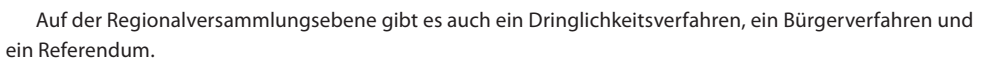
GESETZGEBUNGSINITIATIVE



Auf kommunaler Ebene gibt es drei Verfahren der Gesetzesinitiative (Ordentliches Verfahren, Dringlichkeitsverfahren, Bürgerliches Verfahren), die analog zu den Verfahren der Gesetzesinitiative auf parlamentarischer Ebene funktionieren. Im Gegensatz dazu gibt es auf der kommunalen Ebene kein Referendumsverfahren, sondern ein Referendum, bei dem die Bürger mit einfacher Mehrheit entscheiden.

ORDENTLICHES VERFAHREN

WOIWODSCHAFTSEBENE – REGIONALRAT (SEJMIK)



REGIONALES GESETZESVORSCHLAG

Auf der Regionalversammlungsebene können neben Gesetzesinitiativen auch regionale Gesetzesvorschläge erstellt werden, welche die Einwohner und Gebiete der Region betreffen, aber eine nationale Gesetzgebung erfordern. Ziel der regionalen Gesetzesvorschläge ist es, die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Behörden und dem Parlament zu ermöglichen, damit die regionalen Gegebenheiten in jeder Woiwodschaft im Interesse ihrer Bevölkerung gesteuert und verwaltet werden können.

Die Beamten der lokalen Verwaltungen sehen tagtäglich die Unzulänglichkeiten der vom Parlament erlassenen Gesetze, die entweder in der Realität schlecht funktionieren oder sogar den Interessen ihrer Region schaden. Aus diesem Grund werden die regionalen Gesetzesvorschläge, die von lokalen Verwaltungen erstellt wurden, den Abgeordneten bei der Ausarbeitung neuer Gesetze und der Verbesserung bestehender Gesetze eine große Hilfe sein.

Auch die Parlamentarier profitieren davon, da die regionalen Gesetzesvorschläge, die dem Parlament (Sejm) vorgelegt werden, sollten das Thema, um das es geht, weitgehend ausschöpfen. Die Zusammenarbeit zwischen den lokalen Verwaltungen und den Parlamentariern wird ermöglichen, Gesetze und Verordnungen zu schaffen, die die Entwicklungschancen und Möglichkeiten für alle Regionen des Landes maximieren.

Ein regionaler Gesetzesvorschlag kommt zustande:

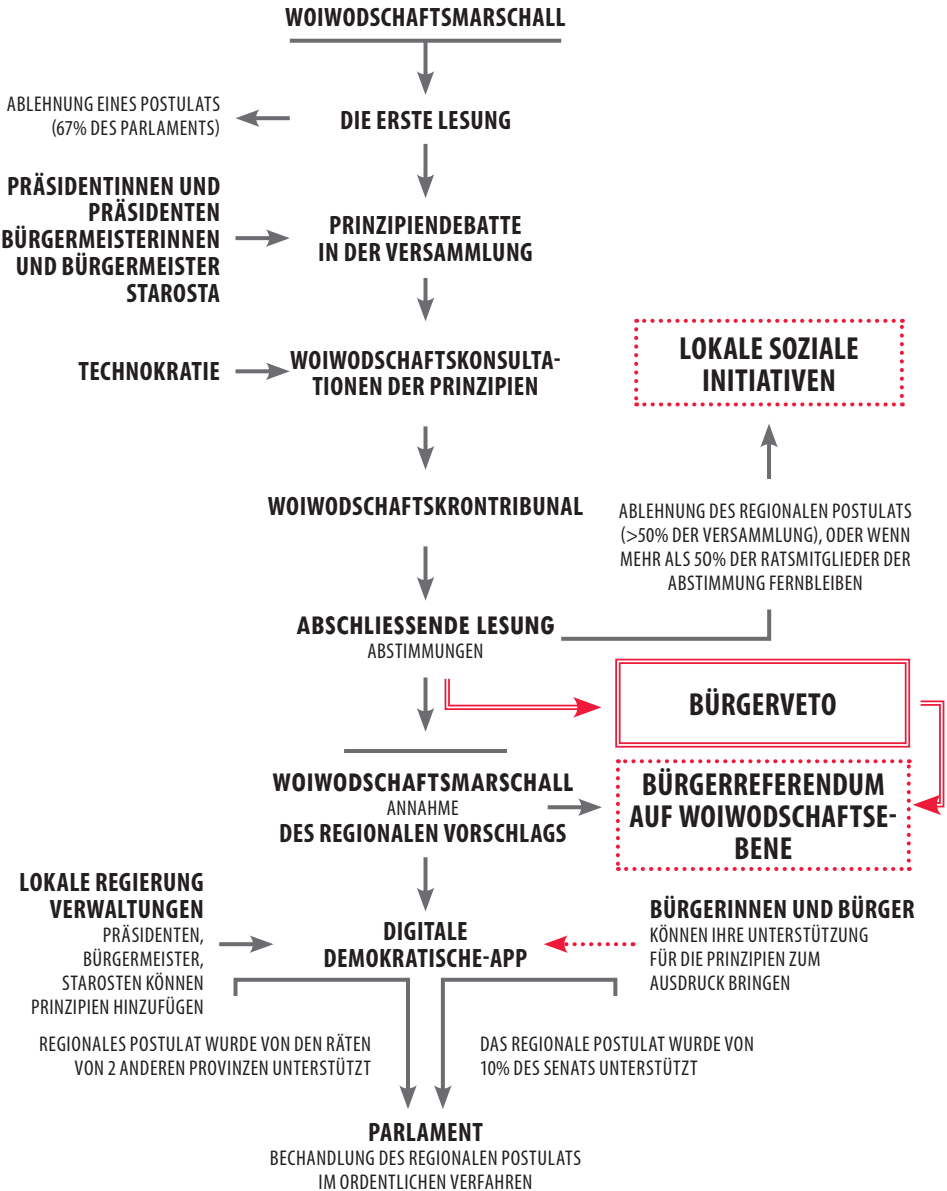
- Durch die Initiierung eines RegionalGesetzesvorschlags durch den Bürgermeister, den Gemeindepräsidenten, den Landrat oder den Woiwodschaftsrat (50% der Ratsmitglieder).
- Eine lokale Sozialinitiative kann auch als regionaler Gesetzesvorschlag behandelt werden, wenn sie von 50% der Mitglieder des Woiwodschaftsrats unterstützt wird – allerdings unter der Bedingung, dass die Organisatoren dieser lokalen Sozialinitiative der weiteren Behandlung in der Woiwodschaftsversammlung zustimmen..

Für die Bürger, die eine Initiative unterstützen, ist es von erheblichem Vorteil, eine lokale Sozialinitiative als regionales Gesetzesvorschlag einzureichen, da sie einer breit angelegten landesweiten und prinzipiellen Konsultation unterzogen wird, an der lokale Verwaltungen, Experten, lokale Verbände und Bürger teilnehmen. Das Woiwodschaftskrontribunal wird dann einen Entwurf für einen regionalen Gesetzesvorschlag ausarbeiten, das bei entsprechender Unterstützung dem Parlament (Sejm) zur weiteren Verhandlung überwiesen wird.

REGIONALES GESETZESVORSCHLAG

* Präsidenten, Bürgermeister, Landräte, Woiwodschaftsrat (50% der Ratsmitglieder)

WOIWODSCHAFTSEBENE – REGIONALPARLAMENT



VERFAHREN DES REGIONALEN GESETZESVORSCHLAGS

Etappe 1: Die erste Lesung – das berechnigte Organ unterbreitet einen Gesetzesvorschlag der oiwodschaftsversammlung und schlägt dann obligatorisch mindestens ein Prinzip zum Gesetzesvorschlag vor. Der Woiwodschaftsrat kann ein Gesetzesvorschlag in der ersten Lesung ablehnen, wenn 67% der Ratsmitglieder dagegen stimmen würden.

Etappe 2: Principal Assembly Debate – dauert drei Monate. Während dieser Zeit können unter Einbezug der lokalen Medien Expertenrunden organisiert werden, damit sich sowohl die Woiwodschaftsräte als auch interessierte Bürgerinnen und Bürger mit dem Thema des zur Diskussion stehenden Gesetzesvorschlags vertraut machen können.

- Der Woiwodschaftsrat, Stadtpräsident, der Bürgermeister und Landräte können unter dem debattierten Gesetzesvorschlag Prinzipien hinzufügen. Die Räte geben dann ihr Votum ab, indem sie die jeweiligen Prinzipien unterstützen oder nicht unterstützen.

Etappe 3: Woiwodschaftskonsultationen der Prinzipien – dauert 3 Monate. Bis zum Abschluss der prinzipiellen Woiwodschaftskonsultationen können die Technokraten die Bürger davon überzeugen, weshalb sie in eine bestimmte Richtung wählen sollten. Nachdem die Bürger ihre Stimme für die Prinzipien abgegeben haben, werden diese auf der Grundlage der in der Regionalversammlung abgegebenen Stimmen sowie des in den regionalen Prinzipienkonsultationen zum Ausdruck gebrachten „Willens des Volkes“ hierarchisiert.

- Die Verbände können auch Prinzipien für Gesetzesvorschläge vorschlagen, aber nur wenn ihr Prinzip vom Woiwodschaftsrat, Präsidenten, Bürgermeister oder Landrat unterstützt wird, wird es in den Pool der Prinzipien des Gesetzesvorschlags aufgenommen.

Etappe 4: Woiwodschaftskrontribunal – das Resultat dieser hierarchisierten Prinzipien, das sich aus dem Abstimmungsergebnis der Räte in der Woiwodschaftsversammlung sowie der Bürgerinnen und Bürger in der prinzipiellen Woiwodschaftskonsultation ergibt, wird dem Woiwodschaftskrontribunal vorgelegt, wo es als die Grundlage für die Ausarbeitung des regionalen Gesetzesvorschlags in Form eines Entwurfs ausgearbeitet wird, der den Geltungsbereich und die wichtigsten Prinzipien umfasst.

- Der Entwurf des regionalen Gesetzesvorschlags wird für die Abstimmungen in der Woiwodschaftsversammlung vorbereitet, sodass die Woiwodschaftsräte entscheiden können, ob sie ein bestimmtes regionales Gesetzesvorschlag annehmen oder ablehnen.

Etappe 5: Abschließende Lesung – die Woiwodschaftsräte stimmen über die Unterstützung und Annahme oder Ablehnung des regionalen Gesetzesvorschlags ab.

- Wenn die Woiwodschaftsräte die Annahme des regionalen Gesetzesvorschlags in der Schlusslesung ablehnen oder sich der Stimme enthalten, wird damit lediglich das weitere Verfahren in der Regionalversammlung gestoppt. Der Gesetzesvorschlag wird umbenannt in lokale Bürgerinitiative und in die Kategorie der Bürgerinitiativen auf der DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) verschoben. Eine solche lokale Bürgerinitiative behält alle bereits hinzugefügten Prinzipien zusammen mit den wesentlichen Errungenschaften und der übertragenen Bürgerunterstützung, sodass die Bürger, wenn sie dies wünschen, selbst weiter an der Substanz eines bestimmten Gesetzesvorschlags arbeiten können, um in der Lage zu sein, sich für seine Umsetzung im bürgerlichen Verfahren einzusetzen.
- Die Zeit zwischen der Annahme des regionalen Gesetzesvorschlags durch die Woiwodschaftsräte in der letzten Lesung und der Überweisung des Gesetzesvorschlags an den Woiwodschaftsmarschall zur Unterzeichnung und Annahme beträgt ein Monat. Wenn also die Woiwodschaftsräte einen Entwurf für einen regionalen Gesetzesvorschlag unterstützen, der den Bürgern nicht gefällt, können die Bürger ihre Ablehnung zum Ausdruck bringen und ein Veto gegen die Entscheidung der Woiwodschaftsräte

einlegen, indem sie die Schwelle von 50% politischer Unterstützung der stimmberechtigten Woiwodschaftsräte erreichen. Wenn diese Schwelle erreicht ist, wird die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des regionalen Gesetzesvorschlags in einer Volksabstimmung auf Woiwodschaftsebene getroffen.

Etappe 6: Der Woiwodschaftsmarschall – kann einen regionalen Gesetzesvorschlag annehmen oder die Entscheidung über seine Annahme dem Bürgerentscheid auf der Woiwodschaftsebene überlassen werden. Sobald der regionale Gesetzesvorschlag unterzeichnet und verabschiedet ist, wird es in die DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) hochgeladen.

Etappe 7: DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) – der in der Regionalversammlung verabschiedete regionaler Gesetzesvorschlag befindet sich noch in der Entwicklung auf der Plattform der DDApp (Digitale Demokratische Anwendung). Die Debatte geschieht auf der nationalen Ebene, bis es von 10% des Senats oder der Woiwodschaftsparlamente von zwei anderen Regionen unterstützt wird. Nach Erhalt dieser Unterstützung wird der regionale Gesetzesvorschlag zum weiteren Verfahren an das Parlament weitergeleitet.

- Für die weitere Arbeit am regionalen Gesetzesvorschlag im Rahmen der DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) ist die Teilnahme von Stadtpräsidenten, Bürgermeistern, Landräten und Verbänden aus dem ganzen Land möglich. Sie können neue Prinzipien vorschlagen, die den Inhalt des regionalen Gesetzesvorschlags mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung bereichern. Damit diese Prinzipien in einen regionalen Gesetzesvorschlag aufgenommen werden können, müssen sie jedoch zunächst vom Woiwodschaftsrat genehmigt werden, der der Verfasser des betreffenden regionalen Gesetzesvorschlags ist und dessen Ausschuss bildet.
- Die am regionalen Gesetzesvorschlag beteiligten lokalen Verwaltungen sowie die Verbände und Technokraten können Bürgerinnen und Bürger überzeugen, warum und wie sie abstimmen sollen, und die Bürgerinnen und Bürger können ihre Unterstützung für die Prinzipien weitergeben, um ihre Hierarchien zu gestalten.
- Wenn der regionale Gesetzesvorschlag im Parlament weiter vorangetrieben wird, dann sind die bereits hinzugefügten Prinzipien zusammen mit allen gesammelten Inhalten und der übermittelten Unterstützung der Bürger der Ausgangspunkt für die weitere parlamentarische Prinzipiendebatte im ordentlichen Verfahren.
- Der regionale Gesetzesvorschlag verbleibt bis zu 4 Jahre in der DDApp (Digitale Demokratische Anwendung). Erhält es nicht innerhalb dieser Zeit die notwendige Unterstützung, um dieses für das weitere Verfahren im Parlament voranzubringen, so wird es als erfolglos abgeschlossen.

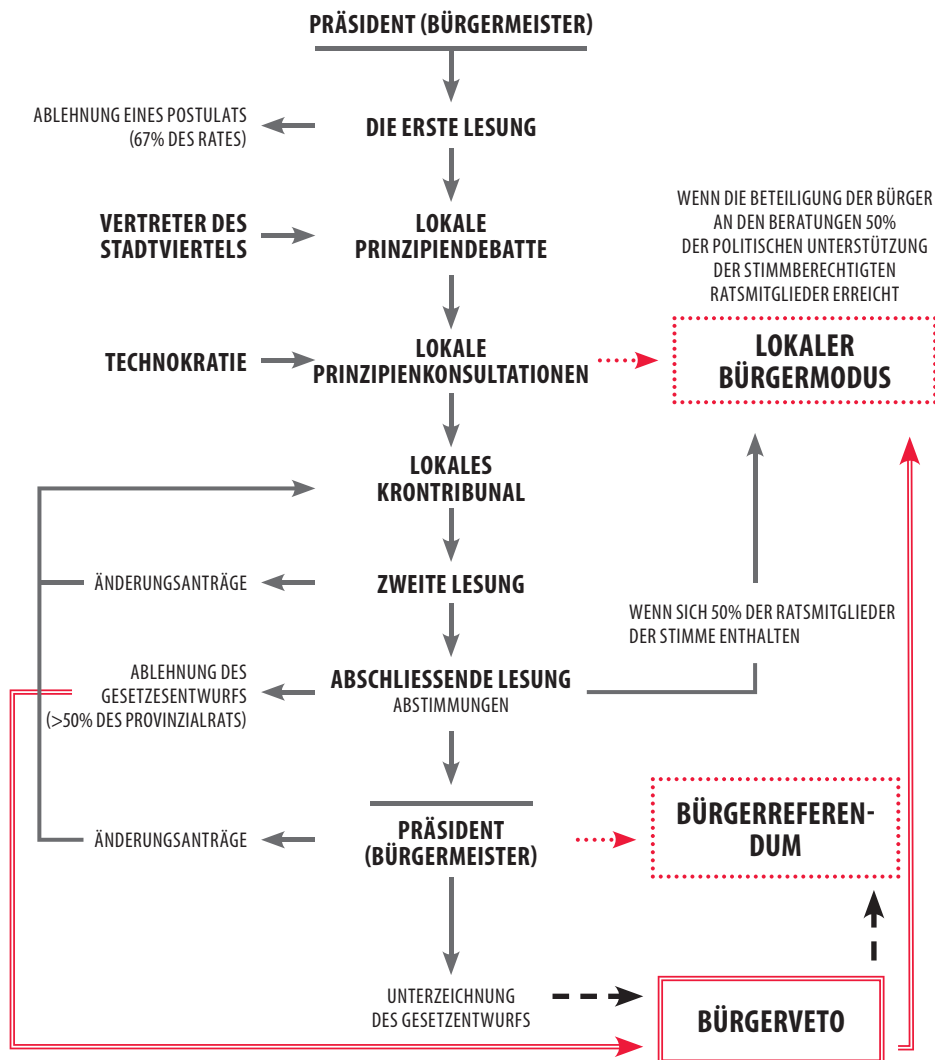
STÄDTISCHE EBENE

GESETZESINITIATIVE

* Präsidenten, Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Stadtrat (33% der Ratsmitglieder)

STÄDTISCHE EBENE, (STADT-LAND-EBENE)

ORDENTLICHES
VERFAHREN



Auch auf der kommunalen Ebene gibt es einen Dringlichkeitsverfahren, ein Bürgerverfahren und ein Referendum.

LÄNDLICHE EBENE

LAuf ländlicher Ebene funktionieren die Strukturen der Kommunalverwaltungen unverändert. Die Bürger können ein Jahr lang nach der Verabschiedung des Beschlusses abstimmen, um ihn einem lokalen Referendum zu unterziehen (die Schwelle liegt bei 50% der politischen Unterstützung der stimmberechtigten Ratsmitglieder).

Das lokale Referendum findet regelmäßig einmal im Jahr statt und während des Referendums stimmen die Bürger der Gemeinde auch für das Bürgerprojekt (5% des Budgets), das im folgenden Jahr in den Haushalt der Gemeinde aufgenommen wird.

12 REGELN

1. Die erlassenen Gesetze müssen die universellen Gesetze der Natur und des Lebens respektieren.
2. Ausgeglichener Haushalt – ein Verbot der Verschuldung des Staates oder der Gemeinden.
3. Abschaffung der Referendumsschwelle beim Bürgerreferendum – wenn sich ein Bürger nicht um das Wohl seiner Heimat kümmert, dann muss er sich dem Willen der Bürger anpassen, die es tun.
4. Jede Person kann für ein Amt oder eine öffentliche Funktion kandidieren, sofern sie die erforderlichen Kriterien für das Amt erfüllt.
 - Es ist nicht erlaubt, zwei öffentliche Ämter gleichzeitig auszuüben, z.B. dass ein Abgeordneter gleichzeitig, ein Minister ist.
 - Es ist verboten, dass Parlamentarier oder Stadträte in staatlichen oder kommunalen Unternehmen beschäftigt sind.
 - Verbot der Beschäftigung von Personen in staatlichen Unternehmen, die mit Parlamentariern und deren Verwandten bis zum 3. Grad in direkter und seitlicher Linie verwandt oder mit denen verschwägert sind.
 - Verbot der Beschäftigung von Personen in kommunalen Unternehmen, die mit Kommunalpolitikern und deren Verwandten bis zum 3. Grad in direkter und seitlicher Linie verwandt oder mit denen verschwägert sind.
5. Zivil-, straf- und steuerstrafrechtliche Haftung von Beamten und Politikern für die getroffenen Entscheidungen. Das in den Gesetzbüchern vorgesehene Strafmaß für Straftaten, die unter Missbrauch des Amtes begangen würden, wird verdreifacht für Träger der:
 - Öffentliche Funktionen und Ämter,
 - Berufe des öffentlichen Vertrauens,
 - Vertreter von religiösen Gemeinschaften.
6. Akt der Entlassung eines Politikers – um einen Politiker zu entlassen, muss eine Situation eintreten, in der ein bestimmter Politiker 67% seiner politischen Unterstützung verliert (von denjenigen Stimmen, die ihm bei der Wahl ein Mandat gegeben haben), dann verliert der Politiker automatisch sein Mandat.
7. Begnadigung – sie kann vom Präsidenten ausgesprochen werden. Die Bürger können eine öffentliche Unterstützung in Höhe von 10% der Wahlbeteiligung bei den letzten Parlamentswahlen aufbringen, um den Begnadigungsakt einem Referendum zu unterziehen.
8. Rohstoffe – alle Rohstoffe auf polnischem Boden müssen vom Staat kontrolliert werden. Alle Schätze, die im polnischen Boden enthalten sind, sind das väterliche Erbe der heutigen Polen und das Erbe für zukünftige Generationen. Der Bergbau muss einer angemessenen Akzise unterliegen, wenn er von privaten (polnischen oder ausländischen) Unternehmen betrieben wird.
9. Abgeordnetenversammlung – eine Kammer, die dem Außenministerium untersteht. Sie setzt sich aus Vertretern zu-

- sammen, die von den einzelnen Ministerien ernannt werden. Ihre Aufgabe ist es, alle Lobbyisten und ausländischen Interessenvertreter zu empfangen. Jeder andere Kontakt zwischen Lobbyisten und Politikern ist verboten.
10. Alle Ausgaben von Politikern, die später aus der Staatskasse erstattet werden können, müssen per Zahlungskarte oder Überweisung von einem speziellen Konto des Politikers getätigt werden. Alle erstatteten Spesen von Politikern sind auf ihrem politischen Profil in der DDApp (Digitale Demokratische Anwendung) sichtbar.
 11. Keine Boni für Politiker und Beamte – es ist nicht möglich, dass Politiker und Beamte sich selbst Geldzuwendungen geben. Die Gehälter von Politikern sollten sich am durchschnittlichen Nettoeinkommen der Bürger orientieren.
 - Die Abgeordneten erhalten das Dreifache des nationalen Durchschnittsnettoeinkommens.
 - Minister erhalten das Fünffache des nationalen Durchschnittsnettoeinkommens.
 - Präsident erhält das Siebenfache des nationalen Durchschnittsnettoeinkommens.
 12. Niemand hat das Recht, ein für Polen verbindliches internationales Abkommen zu unterzeichnen, ohne ein Bürgerreferendum abzuhalten.

ZUSAMMENFASSUNG

Die prinzipielle Demokratie ist ein komplementäres System, das den Bürgern die Möglichkeit bietet, ihren Willen mit Hilfe digitaler Werkzeuge zum Ausdruck zu bringen. Dieses System schafft lediglich einen Rahmen für das System, der keine Ideologie oder Philosophie aufzwingt sondern den Bürgern ihren Einfluss auf die Mitgestaltung des Rechts zurückgibt.

Es ist ein System des ständig kombinierten Einflusses von drei Machtgruppen: dem Präsidenten (mit der Regierung), den Abgeordneten und den Bürgern. Jede dieser Gruppen kann die anderen beeinflussen, aber es ist das Volk, das souverän ist. Nur die Bürger befinden sich in einer Situation, in der ihr Wille letztlich absolut sein kann (wenn die Bedingung beim Bürgerreferendum erfüllt ist). Auf der anderen Seite haben Präsident und Abgeordnete keine solche Möglichkeit, allein oder auch nur gemeinsam gegen den Willen der großen Mehrheit der Polen Gesetze zu erlassen. Die legislative und exekutive Gewalt liegt letztlich in den Händen des Volkes.

Politiker können das Land immer noch effizient führen, aber sie werden sich viel mehr für die Meinung der Bürger interessieren müssen. Solange die Beteiligung der Bürger an der öffentlichen Prinzipienkonsultationen nicht die Schwelle von 50% der politischen Unterstützung der stimmberechtigten Abgeordneten oder Ratsmitglieder überschreitet, haben die Bürger nur eine Konsultations- und Beratungsfunktion. Es ist verständlich, dass die Öffentlichkeit wenig Interesse an trivialen Angelegenheiten hat, aber die Bürger müssen so ausgestattet werden, dass in wichtigen Angelegenheiten der „Wille des Volkes“ zum Ausdruck gebracht werden kann.

Technokraten, die zur öffentlichen Debatte zugelassen sind, werden eine erzieherische Funktion erfüllen, indem sie interessierten Bürgern helfen, den Kern der Dinge besser zu verstehen. Allein die Anwesenheit von Technokraten wird das Niveau der öffentlichen Debatte anheben und in den Medien werden Diskussionen auftauchen, bei denen es um Logik und Argumente geht und nicht um Emotionen und Fantasie. Dies wird die Bürger in die Lage versetzen, bewusst selbst fundierte Entscheidungen darüber zu treffen wie sie sich ihr Land in der Zukunft wünschen.

Die Mechanismen, die in der Prinzipiellen Demokratie enthalten sind, ermöglichen, alle systemischen Lösungen nach dem genauen Willen der Bürger zu modifizieren, sodass es sich unabhängig von den politischen Bedingungen oder zukünftigen Epochen in der Entwicklung der menschlichen Zivilisation um ein System handelt, das sich entsprechend den bestehenden Bedürfnissen entwickeln und anpassen kann. Auf diese Weise sind die Bürgerinnen und Bürger vor Usurpatoren der Macht geschützt und können, falls erforderlich, jeden Politiker jederzeit absetzen. Außerdem können die Bürger, ohne dass es zu Demonstrationen, Unruhen oder Aufständen kommen muss, Änderungen einführen, die nicht im Interesse der Politiker selbst

liegen, und zum Beispiel die Gehälter der Abgeordneten, die Anzahl der Abgeordneten im Sejm oder das Wahlrecht so zu ändern, dass es der Demokratie und nicht den Parteivorsitzenden dient.

Bürgerinnen und Bürger vor Usurpatoren der Macht geschützt und können, falls erforderlich, jeden Politiker jederzeit absetzen. Außerdem können die Bürger, ohne dass es zu Demonstrationen, Unruhen oder Aufständen kommen muss, Änderungen einführen, die nicht im Interesse der Politiker selbst liegen, und zum Beispiel die Gehälter der Abgeordneten, die Anzahl der Abgeordneten im Sejm oder das Wahlrecht so zu ändern, dass es der Demokratie und nicht den Parteivorsitzenden dient.

Die Funktionsweise dieses Systems besteht darin, sich um Initiativen zu scharen, an denen die Bürger ein gemeinsames Interesse haben, so dass die größte Pathologie der dualistischen Parteispaltung, die auf dem „Hass auf den anderen“ beruht, beseitigt wird. Die Mechanismen und Lösungen der Prinzipiellen Demokratie sollen es den Menschen ermöglichen, sich auf das zu konzentrieren, was uns verbindet, und nicht auf das, was uns unterscheidet, denn es ist ganz natürlich, dass es Meinungsverschiedenheiten zwischen gesellschaftlichen Gruppen gibt, aber anstatt zuzulassen, dass sich diese Gruppen gegenseitig bekämpfen, ist es besser, diese Unterschiede in der Weltanschauung zu nutzen, um ein bestimmtes Problem oder eine bestimmte Frage aus möglichst vielen Blickwinkeln zu beleuchten – auf diese Weise wird die betreffende Frage von der Gesellschaft gut aufgearbeitet und durch den demokratischen Willen der Mehrheit der Bürger geprüft.

Die Parteien selbst werden aufhören zu existieren, denn dank des greifbaren Wahlgesetzes müssen sich die Abgeordneten nicht mehr von der Parteidisziplin und der Loyalität leiten lassen, und die Loyalität der Abgeordneten wird gegenüber dem Willen der Wähler in ihrem eigenen Wahlkreis zum Standard. Die Arbeit der Abgeordneten wird sich auf Gesetzesinitiativen und soziale Bürgerinitiativen konzentrieren. Die Aufgabe der Politiker wird es sein, den Willen des Volkes umzusetzen und dessen soziale Interessen zu wahren – Sie werden nicht länger populistische und sozialistische Visionen aus Parteiprogrammen umsetzen müssen, die sich oft als fehlgeleitet, unnötig oder sogar schädlich erweisen.

Konzerne und globalistische „Ideologieclubs“, denen Politiker offen und heimlich angehören, werden nicht in der Lage sein, uns ideologische Propaganda aufzudrängen und uns dazu zu bringen, „ihre Ordnung“ in unserem Staat durchzusetzen. Die Prinzipielle Demokratie befreit die Politiker von der Macht der „Hinterzimmer-Eliten“ und gibt den Bürgern die volle Hoheit über die Politik in ihrem eigenen Land. Dadurch werden die Interessen des Staates, die Sicherheit und die Gesundheit der Bürger vor dem globalen Korporationskomplex, der durch Lobbyarbeit ihre eigenen Interessen vertreten und versuchen könnten, die Politiker zu korrumpieren, damit sie Gesetze und Vorschriften erlassen, die für sie günstig sind gewahrt.

Wenn es überall auf der Welt eine Prinzipielle Demokratie gäbe, würde es vielleicht nie wieder Kriege geben, weil erstens keine Gruppe von Politikern oder irgendein Diktator mit einer kranken Vision an der Macht bleiben könnte; und zweitens, wenn die Politik eines Staates vom Willen seiner Bürger abhängt, würde in keinem Staat der Welt das einfache Volk kollektiv beschließen, in einen anderen Staat einzumarschieren, um einen Krieg zu entfesseln. Normale Menschen wollen in Frieden leben, und ein Krieg bedeutet für sie Tod und Leid. Nur für korrupte Politiker, Konzerne und Banken kann ein Krieg Gebiete, Rohstoffe und andere Möglichkeiten bedeuten, um aus dem Leid der Menschen ein Vermögen zu machen. Deshalb ist es wichtig, dass das letzte Wort immer vom Willen des Volkes abhängt, damit es in ganz besonderen Situationen seinen Willen den Politikern aufzwingen kann.

Langfristig gesehen wird der soziologische Effekt, den dieses System auf die Gesellschaft haben wird, sehr viel Gutes bewirken. Die Menschen werden erkennen, dass sie Teil einer Gemeinschaft sind und dass nur Zusammenarbeit vieles zum Besseren wenden kann. Sie werden beginnen, sich zu vereinen, anstatt nach Spaltung zu suchen, was sich nach einer Weile darin äußern wird, dass der Egoismus der Menschen abnimmt und sie beginnen, ihre Mitmenschen besser zu behandeln. Dies gibt der Menschheit die Chance zu lernen, ihr eigenes Ego zu kontrollieren und wieder auf den richtigen Weg zu kommen, was zur persönlichen und gemeinschaftlichen Entwicklung führt.

Bei Unstimmigkeiten zwischen den Sprachversionen ist die polnische Originalversion ausschlaggebend.

ERRATA

Im Zusammenhang mit dem Entwurf „Prinzipielle Demokratie“ von Daniel Jabłoński, möchten wir auf einige Punkte hinweisen, die einer Präzisierung bedürfen und dem Autor zur inhaltlichen Beratung vorgelegt wurden:

1. Ebene der Kreisverwaltung – Status und Aufgaben

Der Absatz enthält folgende Aussage:

„Die Ebene der Kreisverwaltung wird abgeschafft. Die Gemeinden erfüllen, die ihnen auferlegten Ziele und Pflichten selbst, und das was über die Möglichkeiten der Landgemeinden hinausgeht, steht unter der Schirmherrschaft des Landrats auf Woiwodschaftsebene.“

Diese Formulierung kann Zweifel an der Zukunft der Kreisverwaltung und dem Schicksal ihrer gesetzlichen Aufgaben aufkommen lassen. Derzeit erfüllen die Kreise eine Reihe wichtiger öffentlicher Aufgaben, unter anderem in den Bereichen weiterführende Bildung, Gesundheitswesen, Verkehr, Verwaltung (Kfz-Zulassungen, Führerscheine), Sozialhilfe, Bauaufsicht und Arbeitsmarktpolitik.

Die Frage der Abschaffung der Kreisebene und der möglichen Umgestaltung oder Verlagerung dieser Aufgaben auf andere Ebenen der territorialen Selbstverwaltung, wurde dem Verfasser vorgelegt und wird derzeit eingehend konsultiert.

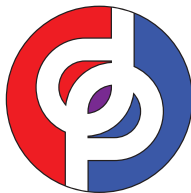
2. Präzisierung ideologischer und rhetorischer Begriffe

Im Absatz über externe Einflüsse und den Schutz der politischen Souveränität finden sich folgende Formulierungen:

„Konzerne und globalistische „Ideologieclubs“ (...) uns ideologische Propaganda aufzudrängen und uns dazu zu bringen, „ihre Ordnung“ in unserem Staat durchzusetzen.(...) Die prinzipielle Demokratie (...) befreit (...) der Macht der „Hinterzimmer-Eliten““. Formulierungen wie „ihre Ordnung“ oder „globaler Korporationskomplex“, „Hinterzimmer-Eliten“ können zu mehrdeutigen Interpretationen führen – sowohl hinsichtlich der Absicht des Autors als auch hinsichtlich möglicher geopolitischer oder sozialer Kontexte.

Ihre Bedeutung, ihr Umfang und ihre Darstellung wurden ebenfalls dem Autor zur Konsultation vorgelegt, um die zu benennenden Gefahren eindeutig und verantwortungsbewusst darzustellen, ohne Raum für willkürliche oder extreme Interpretationen zu lassen.

Weitere Erläuterungen und eventuelle Korrekturen werden in den nächsten Versionen des Materials berücksichtigt. Ziel ist es, die Klarheit der Botschaft und die inhaltliche Zuverlässigkeit zu gewährleisten.



demokracjapryncypialna.pl



siewcyprawdy.tv



siewcyprawdy.tv/okregi